

Pressemitteilung

Bau-Stopp der Bayer-Pipeline Keine Risiko-Leitung durch den Kreis Mettmann

Hilden, 13. September 2007

Dieter Donner
Pressekoordinator der
Initiativen Monheim, Hilden,
Langenfeld, Erkrath, Ratingen

Humboldtstraße 64
40723 Hilden
Telefon (02103) 65030
dietersdonner@arcor.de

CO – Pipeline: Alarm – und Gefahrenabwehrplanung - Notfallplanung im öffentlichen Dialog mit den Bürgern

Die Bezirksregierung lädt zum 17.09.2007 zum ersten Mal alle Trassen-Feuerwehren zu einem Abstimmungsgespräch über ein Notfallkonzept von Bayer zur CO-Pipeline ein. Die betroffenen Bürger und unsere Initiative haben bisher hierzu keine Informationen von der Bezirksregierung und Bayer erhalten. Wir haben jetzt im Namen des Umweltschutzverbandes BUND (Bund für Umwelt – und Naturschutz Deutschland, Regionalgruppe Düsseldorf) bei Regierungspräsident Büssow Informationen und eine Beteiligung an dem Gespräch gefordert. (Das Schreiben ist als Anlage beigefügt)

Bayer versucht in seiner neuen Broschüre die Gefahr durch Kohlenmonoxid (CO) zu verharmlosen, um von Sicherheitsproblemen mit der Leitung und von Differenzen mit den Feuerwehren über das Sicherheitskonzept und die Notfallszenarien abzulenken. Hatte Bayer dem Magazin „Monitor“ noch mitgeteilt, dass CO kein „**Giftgas**“, sondern nur eine „**giftiges Gas**“ sei, so soll es jetzt zu einem ganz normalen Gas in unserem täglichen Leben umdefiniert werden.

Auszug aus der Broschüre – (Hervorhebungen von uns):

*“Es ist kein ungefährliches Gas – in **größeren Mengen** eingeatmet kann es tödlich wirken, weil es die Aufnahme von Sauerstoff im Körper verhindert. Andererseits ist CO ein Gas, **mit dem wir** in geringen Konzentrationen **täglich leben**: Es entsteht beim Verbrennen von Kraftstoff in Autos und Flugzeugen ebenso wie beim Rauchen von Zigaretten.“*

Notfallärzte beschreiben die Wirkung von CO anders. Selbst kleinste Leckagen an der Leitung sorgen in der Umgebung für CO-Konzentrationen, die mehr als dem 20-fachen der normalen Umweltbelastung entspricht und damit innerhalb kürzester Zeit zu einer Blockade der Sauerstoffversorgung und zum Tod der Menschen führt.

Jetzt will die Bezirksregierung - über eine nichtöffentlich diskutierte Notfallplanung - die Betriebsgenehmigung an Bayer erteilen. Das alles soll nichtöffentlich geschehen, um Diskussionen mit den Betroffenen aus dem Weg zu gehen. Das wollen wir nicht zulassen und fordern deshalb

- sofortigen Baustopp bis zur Klärung aller Instanzen vor Gericht
- die offene und öffentliche Diskussion aller Details der Notfallplanungen und
- Aussetzen der Betriebsgenehmigung ebenfalls bis zur Klärung aller Instanzen vor Gericht

Die Zeit der Wild-West- Manieren muss ein Ende haben. Es muss endlich der Rechtsfrieden in diesem Verfahren wiederhergestellt werden!